

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 2. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 12. September 2012
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 - 21:00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Ines Weihrauch, Rechtsdienst (Entschuldigt)

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Adam, Peter Brack, Markus Gruber, Jürg Vogt

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24
18.30 Uhr 36 anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes der **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente** anstelle des zurückgetretenen Markus Gruber, FDP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4089
 2. Wahl des Kommissionspräsidenten / der Kommissionspräsidentin der **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente** für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4082
-

3. *Wahl der Mitglieder und des Präsidiums des **Wahlbüros** für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)* *prov. Geschäft 4083*

4. Bericht des Gemeinderates vom 13.06.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.08.2012 betreffend **Einfachkindergarten „Ziegelei“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4061A / B

5. Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.08.2012, betreffend **Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 889'000.00 inkl. MWST für die Vorprojektierung „Unser neues Schulhaus“, Gartenhof (Parzelle A-5447)**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4086 / A

6. Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2012, zum Postulat der CVP-Fraktion, vom 22.05.2012, betreffend **Abfederung negativer Begleiterscheinungen der Schulortzuteilung** sowie zum Postulat der Fraktionen SP, EVP, GLP, Grüne, SD, SVP und FDP vom 22.05.2012, betreffend **Schulortzuteilung**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4071 / A
Geschäft 4072 / A

7. Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2012, zum Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 26.04.2010, betreffend **Kinderspielplatzkonzept**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3939 / A

8. Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2012, zum Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion und Julia Gosteli, Grüne-Fraktion, vom 06.12.2010, betreffend **familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3978 / A

9. Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2012, zum Postulat von Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, vom 25.01.2012, betreffend **Sicherheit auf Fussgängerstreifen**
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4050 / A

10. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend **Kostenreduktion für Vereine bei Festanlässen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4058

11. Postulat von Josua M. Studer, SD, vom 19.03.2012, betreffend **Zusatzbezeichnung zum Ortsnamen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4060

12. Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 21.06.2012 betreffend **Nachhaltige zahlbare Alterswohnformen auf den Wegmatten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4081

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 2 vom 12. September 2012

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Einwohnerratssitzung nach den Sommerferien. Speziell begrüsse ich die neuen Einwohnerräte. Ich wünsche ihnen viel Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Mir liegen einige Vorstösse vor, ein Vorstoss der SP-Fraktion, nämlich ein Postulat Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter. Es liegt eine kleine Anfrage der SP vor in Sachen Informatikunterricht. Dann liegt eine Interpellation der SP-Fraktion vor in Sachen Umsetzung der Schulreform in Allschwil. Es liegt nochmals ein Postulat der SP vor in Sachen schulhausinterner Mittagstisch für alle Klassen im neuen Schulhaus. Ich habe ein Postulat der FDP in Sachen Wahlhilfe für stimmberechtigte Jugendliche und junge Erwachsene. Aus der Fraktion GLP/BDP/Parteilos liegt ein Postulat vor betreffend Bedürfnisabklärung Netzwerk Palliativmedizin in der Gemeinde Allschwil.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Ich möchte informieren, dass Basel-Stadt und Baselland schon mehrere Vorstösse hatten in dieser Richtung. Beide Kantone können oder wollen die finanziellen Mittel nicht sprechen. Am 28. August war eine Sendung im Club, Sie können das im Internet nachschauen. Ich glaube, es wäre eine interessante Sache dort reinzuschauen. Das ist das einzige, was ich momentan dazu sagen möchte.

Rolf Adam, Präsident: Mir liegt ein weiteres Postulat der FDP-Fraktion vor in Sachen freie Internetzone, Public Wireless, Internetzugang in Allschwil. Ich habe nochmals ein Postulat der FDP-Fraktion in Sachen neutrale Anlaufstelle für das Projekt Unser neues Schulhaus.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Es geht darum, dass die Bevölkerung ihre Fragen und Anregungen an einer zentralen Stelle deponieren kann.

Rolf Adam, Präsident: Ich möchte informieren, dass das Traktandum 3, das Präsidium des Wahlbüros, vorübergehend sistiert wird. Mehr dazu wird Gemeindepräsident Anton Lauber im Info-Fenster bekannt geben. Florian Spiegel hat das Wort gewünscht, bevor wir die Sitzung offiziell eröffnen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz zur Situation der Fraktion der SVP informieren, wo bisher Maya Meisel als Parteilose dazugehört hat. Sie ist seit Anfang September ein reguläres SVP-Mitglied in der Fraktion.

Rolf Adam, Präsident: Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig versendet wurde. Gibt es Anträge zur Änderung der Traktandenliste? Das ist nicht der Fall und wir kommen zum ersten Traktandum.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente anstelle des zurückgetretenen Markus Gruber, FDP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4089

Rolf Adam, Präsident: Gibt es Wahlvorschläge?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion möchte Ihnen für die Reglementscommission als Mitglied und später auch beim Traktandum 2 nach erfolgter Wahl Rahel Balsiger vorschlagen. Sie hat in ihrem beruflichen Umfeld immer wieder mit rechtlichen Bestimmungen zu tun und nimmt diese Herausforderung gerne an, das Einwohnerratsreglement total zu revidieren.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

:::

Rahel Balsiger ist somit gewählt und ich wünsche viel Erfolg im Amt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl des Kommissionspräsidenten / der Kommissionspräsidentin der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4082

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

:::

Rahel Balsiger ist somit als Kommissionspräsidentin gewählt.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen grad zu Traktandum 4, Traktandum 3 lassen wir vorerst aus.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl der Mitglieder und des Präsidiums des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), prov. Geschäft 4083

Das Geschäft wurde sistiert.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 13.06.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.08.2012 betreffend Einfachkindergarten „Ziegelei“
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4061A / B

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte gerne einleitend etwas sagen, weil ein neuer Einwohnerrat da ist mit Mitgliedern, die vielleicht über die Geschichte der Kindergärten nicht alles wissen. Für die erfahrenen Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen ist es ein kleines Refresh. 2010 hat Ihnen der Gemeinderat die Kindergartenstrategie präsentieren können, wie sie in den nächsten Jahren aufgrund der steigenden Schülerzahlen und Harnos in etwa aussehen müsste. Im Juni 2012, das war an der vorletzten Sitzung, hat der Einwohnerrat die sogenannte Kindergartenstrategie zur Kenntnis genommen. Dort drin wurden bereits Zahlen genannt, in welchem Einzugsgebiet wie viele Kinder zu erwarten sind. In der gleichen Sitzung durfte ich den Auftrag entgegennehmen, dass wir den Kindergarten im Ziegelei-Areal planen können. Der Kindergarten kommt auf die unterste Bauinsel. Wenn man von der Industriezone Ziegele hinauf fährt, dann gibt es auf der rechten Seite ein paar öffentliche Parkplätze. Eine dieser Parzellen, in der Mitte des Parkplatzes, ist diese Parzelle, wo wir den Einfachkindergarten planen. Wir haben dort oben ursprünglich einen Doppelkindergarten vorgesehen. Die Zahlen haben sich heute ein bisschen nach unten korrigiert in diesem Einzugsgebiet. Generell sind die Zahlen immer noch dort, wo wir sie seit der Erhebung von Wüest & Partner vermutet haben, eher ein bisschen mehr. Im 2013 wird es leichte Überschreitungen der Schülerzahlen aus diesem Einzugsgebiet geben, die direkt bei der Ziegelei in den Kindergarten gehen sollten. Bereits im 2014/2015 hebt sich dies wieder auf, sodass ein Einfachkindergarten völlig genügt, übrigens auch in den folgenden Jahren.

Ich komme zur Vorlage. Die Verkehrs- und Planungskommission hat bereits darüber getagt, der Bericht liegt Ihnen vor. Der Präsident der VPK wird nachher noch etwas dazu sagen. Ich komme zu den Zahlen. Wir haben eine Kostenaufstellung auf Seite 7. Dort haben wir nach dem Baukostenplan - das ist das übliche Verfahren, wenn man baut – die Kosten ausgewiesen für das Grundstück, die CHF 74'000. Das wäre eigentlich sehr günstig, aber hinter den CHF 74'000 verbergen sich Planungskosten, die der Grundeigentümer EBM dort geltend gemacht hat. Die hatten ursprünglich dort ein anderes Projekt und die Planungskosten haben sie überwältigt auf die Gemeinde. Dies gehört mit zu den Erstellungskosten. Die Vorbereitungsmaßnahmen und die Baugrundverbesserungen sind hier auf CHF 70'000 geschätzt. Wir befinden uns dort in einer Aufschüttung der Ziegelei und die wird zwischen 12 und 20 Meter dick geschätzt. Da braucht es entsprechende Massnahmen, das sogenannte Rüttelstopfverfahren. Das ist ein Verfahren, wo man Löcher bohrt und dann feines Kies und Split mittels eines Vibrators hinunterbringt. So kann man Baugrundverbesserungen erreichen, damit man ohne Probleme dort bauen kann. So wurde das übrigens auch bei den anderen Gebäuden bei den Bauinseln 3 und 2 gemacht. Bei der BKP 2 ist der Parkplatz in der Autoeinstellhalle zu erwähnen. Wir müssen, das ist ein Teil der Baubewilligung, einen Parkplatz nachweisen für die Kindergartenlehrkraft. Diesen mussten wir einkaufen bei der EBM. In der BKP 3, Betriebseinrichtungen, sind vor allem die ganzen Möblierungen, die mit dem Gebäude verbunden sind, Einbaukästen, Küche im Gruppenraum und sonstige Sachen, die es braucht, um den Betrieb zu gewährleisten. Der Rest spricht für sich. Wir haben noch eine Reserve mit drin, weil wir nicht genau wissen, was beim Baugrund auf uns zukommt. Es liegt ein geologisches Gutachten vor, wir wissen, welche Verbesserungsmaßnahmen wir treffen müssen. Falls Überraschungen hervorkommen, wo wir allenfalls einen Nachtragskredit stellen müssen, haben wir eine Reserve von 5% eingerechnet. Soviel zum Finanziellen.

Ich komme noch auf die Termine zu sprechen. Wie wir im Juni gesagt haben, sind wir mit dem Kindergartenprojekt in der Ziegelei eng in den Terminen. Wir müssten im August 2013 fertig sein. Wenn

man von dort zurückrechnet, dann muss im Dezember respektive im Januar die Bodenplatte betoniert sein. Es gibt den Holzelementbau oben drauf und das braucht gewisse Vorbereitungsarbeiten und Abstimmungsarbeiten. Wenn wir das schaffen, dass wir im Januar die Bodenplatten betoniert haben, dann steht dem weiteren Bauen und dem Bezug im August 2013 nichts im Wege. Zu diesem Zweck haben wir, wie das in der Vorlage über die Planung bereits dargestellt wurde, bestimmte Arbeiten bereits in den Sommerferien gemacht. Die Ausschreibungen und gewisse Planungen sind bereits gelaufen. Wir sind schon relativ weit fortgeschritten und sind zuversichtlich, dass wir das Projekt so fertig stellen können.

Zum Baubeschrieb kann ich noch etwas sagen. Es handelt sich um eine Holzelementbauweise. Die ganzen Elemente werden in einer Werkstatt von einem entsprechend ausgerüsteten Zimmermann oder einer Holzbaufirma vorbereitet mit allen Installationen bereits drin. Es braucht einen relativ hohen Planungsaufwand, damit es mit der Bodenplatte korrespondiert, damit die Zu- und Abläufe der Leitungen am richtigen Ort sind. Wir haben uns darauf geeinigt, dass die Aussenhaut aus einer Eternitscheibe sein muss wegen dem Gebäudeabstand zu den Häusern nebenan. Es wird kein reiner Elementholzbau sein, das wird vor allem auf der inneren Seite so sein und auf der Südseite. Damit wir das behindertengerechte Bauen nachweisen konnten, haben wir den sogenannten Etagenlift geplant. Er verbindet die beiden Stockwerke, so können wir das behindertengerechte Bauen lückenlos nachweisen. Kinder, die zeitweise oder dauernd auf einen Rollstuhl angewiesen sind, oder Eltern, die an ein Fest kommen im ersten Stock, können diesen Kindergarten vollumfänglich besuchen.

Wir planen den Kindergarten im Minergie P Standard, im Augenblick noch ohne Aufbauten auf dem Dach, Photovoltaik etc. Wir haben das in der VPK kurz angesprochen. Das Dach richtet sich gegen Norden und darum bietet es sich nicht sehr an, Photovoltaik auf das Dach zu setzen.

Warmwasseraufbereitung ist auch kein Thema, weil das ganze Ziegeleiareal von der EBM mit einem Blockheizkraftwerk erschlossen wurde. Wir sind verpflichtet, uns dort anzuschliessen. Die ganze Energieerzeugung ist gelöst mit dem Blockheizkraftwerk, wir müssen nur die Leitungen anschliessen. Soviel zu meinen Ausführungen zu der Bauweise.

Wenn Sie heute den Ausführungskredit genehmigen, dann würden wir sofort die Aufträge an die Unternehmungen erteilen, respektive nach Abwarten der Referendumsfrist. Am 3. Dezember werden wir mit den Bauarbeiten beginnen und ab 26. Juli, also kurz bevor das nächste Schuljahr beginnt, den Bau beziehen. Ich bitte Sie, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen und den Kredit zu genehmigen.

Armin Bieri, VPK-Präsident: Wir haben das Geschäft in der Sitzung in der ersten Augushälfte behandelt. Der Zeitplan ist sehr taff und wir mussten früh nach den Sommerferien in die Hosen steigen und dies beraten. Die Kostenaufstellung ist gut nachvollziehbar. Es ist auch relativ gut nachvollziehbar, dass selber bauen günstiger ist als der Doppelkindergarten, den die EBM hingestellt hätte. Wir müssten CHF 100'000 Nettomiete bezahlen, wenn wir den Doppelkindergarten hätten machen lassen. Mit dem Einfachkindergarten haben wir jährliche Zinskosten von CHF 72'000. Die zweite Frage war, weshalb es plötzlich nur noch einen Einfachkindergarten braucht. Für das Jahr 2013/2014 bräuchte es tatsächlich einen Doppelkindergarten, weil es mehr Kinder hat. In den Folgejahren sieht es so aus, als hätte es in einem Kindergarten Platz. 2013/2014 gibt es einen Shuttlebus, damit die Kinder, die ins Dorf in den Kindergarten gehen müssen, dort herunterfahren und auch wieder hinauffahren werden. Das geht selbstverständlich auf Kosten der Gemeinde. Das ist in den Baukosten in der Betriebskostenrechnung bereits vorhanden. Es ist ein Budgetposten, der im Budget drin ist. Die Parzelle, wo das drauf kommt, ist relativ klein, ich habe sie mir selber angeschaut. Dieses Projekt ist ziemlich optimal auf diese Fläche angepasst. Es ist klein aber fein und wir fanden es sehr zweckmässig. Es erfüllt die Anforderungen, die ein moderner Kindergarten haben muss. Der Zeitfahrplan ist extrem anforderungsreich. Wir sollten das darum heute verabschieden. Wir konnten der Vorlage gut folgen und konnten in der VPK mit 7 zu 0 Stimmen den Anträgen des Gemeinderates folgen. Wir empfehlen Ihnen, dies auch zu tun.

Rolf Adam, Präsident: Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, dann kommen wir zur Detailberatung.

Juliana Weber, SP-Fraktion: Diese Vorlage war in der SP-Fraktion im Kern unbestritten. Diskussionen gab es wegen dem Einfachkindergarten. Wir haben uns gefragt, ob die Studie von Wüest & Partner auch wirklich verhebt und ob nicht auf längere Frist, vielleicht 10 Jahre, ein Doppelkindergarten besser wäre. Die Diskussion haben wir aber nicht weiter geführt, weil man sieht, dass auf dieser Parzelle ein Doppelkindergarten gar nicht gebaut werden kann, weil die Platzverhältnisse sehr eng sind. Wir fanden es auch einen ansprechenden Bau, der Platz wird bestmöglichst ausgenutzt. Persönlich finde ich es toll, auch wenn die Aussenfläche relativ klein ist, dass die Kinder die Möglichkeit haben, bei Regen draussen zu spielen, weil ein grosser Teil überdacht ist. Wir werden dieser Vorlage zustimmen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: In der FDP-Fraktion haben wir auch über die Kinderzahlen, die Studie, geredet. Wir haben uns die Frage gestellt, ob es auch in Zukunft dort oben genug Kinder hat für den Kindergarten. Das Gebäude ist so konzipiert, falls es dort keinen Kindergarten mehr braucht dort, dann ist es ein Ort, den man auch weiterhin für die Bevölkerung offen haben könnte. Die Baukosten wurden relativ grosszügig berechnet. Wir haben die Erwartung, dass es sicher keine Kostenüberschreitung gibt. Entsprechend haben wir das Gefühl, dass die plus 5% in der Kostengenauigkeit ein bisschen zu hoch gegriffen sind. Wie wir bereits von Gemeinderat Morat gehört haben, ist Baubeginn im Dezember vorgesehen. Im Juni nächstes Jahr wird der Kindergarten bezogen. Wir sind der Meinung, dass eine Baukostenteuerung, wie sie in Antrag 3 beschrieben wird, überflüssig ist. Man sollte Offerten verlangen, wo das bereits berücksichtigt ist. Entsprechend werden wir beim Antrag 3 dagegen stimmen.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Frau Gürtler hat mir aus dem Herzen gesprochen, sie hat bereits alles gesagt.

Jérôme Mollat, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Auch bei uns bei der GLP/BDP ist die Vorlage völlig unbestritten. Wir haben noch drei Punkte zu erwähnen. Zum einen sind es die überzählten Kinder für das Schuljahr 2013/2014. Da hoffen wir, dass wir eine möglichst einvernehmliche Lösung mit den Leuten finden, ansonsten haben wir wieder die leidige Diskussion wegen den Zwangsverschiebungen. Wir möchten gerne vom Gemeinderat wissen, wie viel das Honorar ausmacht bei den Gebäudekosten. Da steht: inklusive Honorar CHF 890'000. Und wir möchten gerne etwas zur Höhe der Kosten hören. Wir finden es auch eher grosszügig berechnet, wenn man von einem Kubikmeterpreis ausgeht von CHF 835, zumal CHF 70'000 dazukommen für die Vorbereitungsmaßnahmen und wir eine Reserve haben von 5%.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Bei der SVP war das Projekt halb unbestritten und halb bestritten. Wir stimmen dem zu, dass das Projekt notwendig ist. Auch die Ausführung des Projekts dünkt uns sehr sinnvoll. Durch die Bauweise könnte man dies dann zusammenbauen und bei der Gemeinde im Keller versorgen. Wenn wir dann wieder einen Kindergarten brauchen, dann holen wir es hervor und bauen es wieder auf. Uns hat die Sache mit den Kosten auch gestört. Der Planungskredit ist relativ hoch, das kann man nachvollziehen mit dem Tempo, weil es pressiert. Wir haben 5% Reserven eingerechnet, eine Kostengenauigkeit von plus/minus 5%, wobei wir dann eher bei plus sein werden, und dann noch die Kostenteuerung. Aus diesem Grund werden wir wahrscheinlich die FDP bei ihrem Antrag unterstützen. Uns hat auch gestört bei den Plänen, dass dort beim Massstab "verkleinert" steht. Wenn so ein Plan mitgeliefert wird, dann gehört dort ein Massstab drauf, damit man dies lesen kann, wie ich es gerne mache. Ich möchte dem Gemeinderat beliebt machen, dass er beim nächsten Mal darauf achtet.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Das Projekt war bei der EVP und den Grünen nicht bestritten. Wir haben die Erklärungen gehört. Wir finden es schlüssig und können dem folgen. Die Option auf mehr Platz wäre schön gewesen, aber wenn man nur einen Kindergarten hinstellt, dann ist es halt diese Parzelle. Ich habe im Rahmen der VPK gemerkt, dass wir wegen dem Quartierplan nur bestimmte Anordnungen haben können, zum Beispiel der Geräteschopf im Garten und auch der Ort des Hauses selber. Sie haben das Beste darauf gemacht. Ich finde es eine gute Sache. Finanziell habe ich das Gefühl, dass die Gemeinde kostenbewusst genug ist, um den Kindergarten nicht zu vergolden. Schön und gut soll er werden, aber der Rest macht uns keine Sorgen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich möchte erwähnen, dass wir bei jedem Umbau oder Neubau daran denken müssen, dass Harmos und das Sonderpädagogik-Konkordat umgesetzt werden müssen. Das hat bauliche Voraussetzungen und Folgen. Beim Kindergarten wird im Sonderpädagogik-Konkordat verlangt, dass alle Beiformen integrativ angeboten werden müssen, also im Schulhaus und im Kindergarten. Das heisst, dass die ganze Psychomotorik, Logopädie, Legasthenie etc. integrativ angeboten werden sollte. Ich hoffe, dass daran gedacht wurde bei diesem Kindergarten.

Ueli Keller, Grüne/EVP-Fraktion: Mein Votum bezieht sich nicht auf die Architekturlösung, auf die Finanzplanung oder die Projektplanung. Ich finde alle Sachen hervorragend. Die Frage, die sich mir stellt, ist diejenige nach der Bildungsorganisation. In meiner 45-jährigen Tätigkeit im Bildungsbereich wurde ich immer wieder konfrontiert mit Architekturlösungen, die nicht dem Bildungsbedarf entsprochen haben.

Umgekehrt ist es häufig so, dass der Bereich Bildung die Architekturchancen gar nicht nutzt. Ich stelle jetzt meine fachlichen Referenzen dar. Das war der Grund, weshalb wir ein schweizerisches Netzwerk Bildung und Architektur gegründet haben. Dort sind der schweizerische Lehrerverein, Erziehungswissenschaften, Architekten, Bauverantwortliche von Gemeinden, Städten und Kantone, und Politiker vertreten. Wie Herr Gadola bereits gesagt hat, geht es jetzt um die Umsetzung von Harnos und des Sonderpädagogik-Konkordats. Diese Herausforderung nehmen viele Gemeinden und immer mehr Städte und Kantone wahr für eine grundsätzlich neue Organisation der Primarstufe. Man nimmt die zwei Jahre Kindergarten und die neu sechs Jahre Primarschule zusammen und macht eine vierjährige Basisstufe und eine vierjährige Aufbaustufe. Man macht das weil man so besser den individuellen Bedürfnissen der Kinder entsprechen kann. Mit dem Sonderpädagogik-Konkordat müssen alle Kinder gemeinsam beschult werden. Die Kinder, die schneller lernen, die machen die vierjährige Basisstufe in drei Jahren und die Kinder, die länger Zeit brauchen, können fünf Jahre Basisstufe beanspruchen. Jetzt komme ich zum Schluss und zu meiner Frage. Wenn ich die Solitaire-Kindergartenlösungen von Allschwil anschau – Solitair heisst, dass die Kindergärten immer alleinstehend sind und nicht zusammen mit der Primarschule -, dann ist auf baulicher Ebene für die nächsten 30 bis 40 Jahre, so lange rechnet man, dass Schulbauten aktuell bleiben, die Basisstufe in Allschwil nicht möglich. Das ist meine Frage, die ich grundsätzlich stelle. Ich bin neu im Einwohnerrat und ich habe mir erlaubt, diese Frage zu stellen. Damit möchte ich den Ziegelei-Kindergarten nicht in Frage stellen, aber die Bildungsorganisation. Ich finde, dass Allschwil eine Chance nicht nutzt, die sich bietet in Zusammenhang mit Harnos. Allschwil haut nur ein Jahr oben drauf bei der Primarschule.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Danke für die Ausführungen auch zu Harnos und zum Sonderkonkordat. Für Allschwil hat sich mit Harnos die Frage mit dem sechsten Primarschuljahr gestellt, weil wir auch bei den Schulhäusern an Platzgrenzen kommen. Man hat es in längeren Diskussionen mit der Schulleitung abgesprochen, dass wir die Kindergärten herausnehmen, damit die sechsten Klassen Platz haben. Die sechs Jahre Primarschule sollen im gleichen Schulhaus Platz haben. Das bedingt, dass wir die Kindergärten hinausnehmen müssen. Die Schulleitung hat uns auch immer wieder darauf hingewiesen, dass es ihnen ein Anliegen ist, dass die Kindergärten möglichst verteilt sein sollen in Allschwil. Die kleinen Kinder sollen möglichst nahe beim Kindergarten sein. Mit dem neuen Schulhaus, das wir planen, wo zwei Schulhäuser wegfallen werden, gibt es eine grosse zentrale Anlaufstelle. Dort noch Kindergärtner dazutun, fanden wir zu viel, und die Wege wären viel länger geworden. Ich sehe dieses Anliegen, aber es war in langen Diskussionen, auch mit den Schulleitungen, der Wunsch, dies so anzugehen.

Ueli Keller, Grüne/EVP-Fraktion: Danke für die Auskunft.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP stimmen diesem Antrag des Gemeinderates grundsätzlich zu. Vor dem Hintergrund, dass Kinder unsere Zukunft sind, bedaure ich es ein bisschen, dass ein Einfachkindergarten doch ausreicht. Das können wir aber hier im Rat nicht beeinflussen. Wir stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu. Was die Kosten anbetrifft, muss ich offen sagen, dass ich weder Fachmann für Bauten im Allgemeinen, noch für Kindergartenbauten bin. Da geht es mir wie Christoph Benz. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat dies sauber abgeklärt hat und entsprechend sparsam mit unseren Finanzen umgeht.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich versuche die offenen Fragen zu beantworten. Bei den überzähligen Kindern und den Zwangsverschiebungen hoffen wir auch, dass wir mit den Familien, die es betreffen würde, eine Einigung erzielen. Wir würden diese Kinder nicht zur Metzgermatte verfrachten, sondern wir hoffen, dass wir Lösungen anbieten können im Dorf oder allenfalls im Rankacker. Ein Shuttle-Bus ist eingeplant für ein Jahr. Das finden Sie auch in den Budgetunterlagen, die wir im Dezember zusammen diskutieren. Zu den Kosten und zur Höhe der Kosten. Zu der einfacheren Frage nach den Honorarkosten. Das Gebäude ist mit Honorar belastet. Das heisst, wir brauchen dort einen Architekten oder einen Fachplaner, und sein Honorar kommt zur entsprechenden BKP-Nummer. Das ist eine Faustformel, das wird selbstverständlich nach SIA abgerechnet aufgrund der Baukosten. Dort wiederum gibt es ganz spezielle Listen und Formeln, um dies auszurechnen. Es ist eine Faustformel, dass die Honorarkosten bei rund 10% liegen, das ist nur eine grobe Faustformel. Es kommt auch auf den Schwierigkeitsgrad des Bauobjekts an. Beim Holzbau und bei den entsprechenden Bauten im Kindergarten ist dies eher nicht so hoch. Wo wir wahrscheinlich ein bisschen mehr einberechnen müssen, ist bei der Bodenplatte und der Foundation und allem, was unter dem Boden ist, Leitungsführungen. Dies treibt die Kosten in eine Höhe,

welche wir zum Zeitpunkt, wo wir diese Vorlage geschrieben haben, nicht genauer berechnen konnten. Der Einwohnerrat ist es sich gewohnt – und ich hoffe, wir können dies in Zukunft bei allen Projekten wieder einhalten – mit 5% zu arbeiten. Dies hat nichts mit der Zeit zu tun, sondern damit, dass wir nicht genau wissen, welcher Baugrund es ist, welche Verbesserungsmaßnahmen und Ingenieurleistungen es braucht. Dies ist der Hauptgrund, weshalb wir dort ein bisschen höher liegen und auf einen höheren Kubikmeterpreis kommen. Jérôme Mollat hat dies richtig erwähnt, das ist ein hoher Preis. Das hat mit dem Untergrund zu tun. Wir sind dort in einer ungefähr 20 Meter mächtigen Auffüllung und da braucht es ein paar Massnahmen, die wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht festlegen konnten. Ein kleiner Teil liegt auch an der Zeit, weil wir die Planung Schlag auf Schlag führen mussten. Damit wären die Fragen von Florian Spiegel zu den Kosten auch beantwortet. Das mit der Plangrösse nehme ich entgegen. Entweder man druckt es in einem Massstab aus, der nichts mehr sagt, oder man verkleinert es. Beim Kopieren gibt es dann Fehlinformationen, darum haben hier uns entschieden, es so zu machen, aber wir geloben Besserung.

Zu Harnos und Sonderkonkordat. Ueli Keller, der Gemeinderat hat sich 2009 erstmals damit befasst, wie wir in Zukunft in Allschwil Schule geben möchten. Dort hatten wir die Diskussion um Harnos. In der Volksabstimmung des Kantons Baselland hat der Kanton Baselland die sogenannte Basisstufe abgelehnt. Wir haben uns damals auch Gedanken dazu gemacht und haben uns beraten lassen. Es gibt dazu einen Film der Harnos-Vereinigung. Wir haben diesen Film angeschaut und uns informiert. Wir haben uns überlegt, ob wir unsere Schulhäuser mit einer Basisstufe planen oder nur mit Harnos. Wir haben uns damals entschieden, dass wir in erster Linie diese Schulklasse mehr, also das sechste Schuljahr, abbilden möchten. Die Basisstufe, die schlussendlich vom Volk abgelehnt wurde, hätte ein enormes Platzproblem gegeben. Man hat dort von mindestens 300 Quadratmeter pro Klasse geredet, unterteilbar in mehrere Räume usw. Da haben wir uns Gedanken gemacht, was wir mit den beiden verbleibenden Schulhäusern machen. Wir hätten dort auf keinen Fall Harnos mit Basisstufe abbilden können. Wenn die Basisstufe gekommen wäre, dann hätten wir uns Gedanken machen müssen über den Bau von vier neuen Schulhäusern. Die Diskussion wurde damals geführt und wir sind heute bewusst an dem Punkt, wo wir Harnos abbilden. Sechs Jahre Primarschule plus zwei Jahre Kindergarten. Franziska Pausa hat bereits etwas gesagt zur Dezentralisierung respektive den quartierbezogenen Kindergärten.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Aus Ihren Voten heute Abend wurden meine Bedenken gestärkt. Wir bauen einen Einfachkindergarten, und wir hätten gerne einen Zweifachkindergarten. Ich kam heute Abend hier hin und hatte das “wenn und aber“ auch in mir. Ich habe auch in der Fraktion nicht dagegen geredet, aber heute Abend kann ich dieser Vorlage nicht zustimmen. Ich werde mich der Stimme enthalten. Ich hätte lieber einen Shuttle-Bus vom Dorf dort hoch anstelle von oben nach unten. Denken Sie an meine Voten der letzten Einwohnerratssitzungen.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Voten? Nein, das ist nicht der Fall, somit schliessen wir die Beratung und kommen zur abschnittswisen Beratung. Ich gebe das Wort an Frau Klauser, sie macht das in Abwesenheit von Jürg Vogt, der zurzeit in den Ferien ist.

Liane Klauser, SVP-Fraktion:

1. Ausgangslage

2. Projektbeschreibung

2.1 Raumprogramm

2.2 Baubeschrieb

3. Finanzielles

4. Projektverlauf / Termine

5. Anträge

Rolf Adam, Präsident:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

5.1 Für den Bau eines Einfachkindergartens im Ziegeleiareal wird ein Ausführungskredit von CHF 1'326'000 inkl. MWST bewilligt.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 33 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

5.2 Von der Kostengenauigkeit von plus/minus 15% wird Kenntnis genommen.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 23 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

5.3 Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2011 = 125.6 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 20 Ja- und 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2012, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.08.2012, betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 889'000.00 inkl. MWST für die Vorprojektierung „Unser neues Schulhaus“, Gartenhof (Parzelle A-5447)
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4086 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir nähern uns Schritt um Schritt diesem Neubau des Schulhauses nicht weit weg von hier auf dem Gartenhof. Nachdem wir diesen Frühling einen Projektsieger erkoren haben in der Jury und dies auch in der Öffentlichkeit vorgestellt haben, ging es seither darum, ein Vorprojekt Light zu erarbeiten. Parallel dazu hat eine Planungs- und Begleitkommission an vier Sitzungen getagt und hat diverse Projektanpassungen vorgenommen. Am vergangenen Montag haben die Projektsieger ihr Projekt im jetzigen Zustand dem Gemeinderat vorgestellt. Damit es jetzt weiter geht, muss das Vorprojekt in eine Form gebracht werden, damit Sie hier drin eine Vorlage mit verlässlichen Zahlen haben. Da sind wir wieder bei den plus/minus 5%. Das Projekt muss jetzt soweit verfeinert werden, damit wir wissen, wie der Standard ist. Wie sieht ein Klassenzimmer mit einem Gruppenraum aus? Wie sehen die Räumlichkeiten für die Tagesschule aus? Wie sehen die Turnhalle und die Aula aus? Es ist eine Dreifachturnhalle und eine Aula mit einem angrenzenden Gymnastikraum. Und wie sieht die ganze Aussenraumgestaltung aus? Zu diesem Zweck brauchen wir Geld, damit der Architekt mit seinem Planerteam diese Leistungen erbringen kann. Das macht nicht der Architekt alleine, er hat verschiedene Spezialisten mit dabei. Er hat einen Ingenieur, einen Bauphysiker, diverse Haustechnikplaner, einen Geologen, damit man auch im Untergrund schauen kann, ob es dort einen einfachen Baugrund gibt. All denen muss er natürlich etwas bezahlen, damit sie ihre Leistungen im Vorfeld des Bauprojekts, welches ab Volksabstimmung nächstes Jahr umgesetzt werden soll, erbringen können. Wir haben in der Vorlage eine Altlastenuntersuchung bereits drin. Die Altlastenuntersuchungen betreffen vor allem den roten Grund. Das rote Material kann unter Umständen eine Belastung ausweisen, aber das müssen wir genau feststellen. Zu diesem Zweck haben wir Untersuchungskosten, Grabkosten, Laborkosten etc. mit drin, das finden Sie auf Seite 6 bei der Altlastenuntersuchung. Im Weiteren möchte ich dies, wie in der VPK, transparent handhaben. Wir haben einen Projektleiter im Juni 2012 angestellt, welcher das ganze Bauprojekt von Seite der Gemeinde begleitet. Leider ist der Projektleiter in der Probezeit wieder

gegangen. Aus diesem Grund mussten wir reagieren und haben eine externe Projektleitung aufgegleist. Das sind Kapazitätsengpässe in der Gemeinde und deswegen haben eine externe Bauherrenvertretung. Der Gesamtprojektleiter von Dietziker Partner hat nun auch diese Bauherrenvertretung übernommen. Das ist ein Kostenmaximum, was wir dort haben. Es ist vorgesehen, das können Sie in der Vorlage lesen, dass wir wieder einen internen Projektleiter anstellen werden. In dieser Zeit, wo dies notwendig wäre, kann sich diese Person aber nicht in die Materie einschaffen. Bis der kommt, ist der Wagen bereits abgefahren. Wir haben die Vorlage soweit auf dem Tisch, sodass wir sie der VPK anfangs Jahr präsentieren können. Der Einwohnerrat kann im März 2013 über dieses Bauprojekt befinden, beraten und beschliessen.

Das Terminprogramm ist hier nicht ganz so eng wie beim Kindergarten. Die Planer haben bereits gewisse Leistungen erbracht, das war ordentlich budgetiert im Budget 2012. Die stehen jetzt da und warten auf das grüne Licht, welches Sie heute Abend mit einer Zustimmung zur Vorlage geben würden.

Armin Bieri, VPK-Präsident: Wir haben dies in der gleichen Sitzung wie der Kindergarten beraten. Es ist relativ schlüssig. Ein paar Mitgliedern ist es aufgestossen, dass es ein relativ hoher Betrag ist, diese knapp CHF 900'000, für die weitere Planung. Gemeinderat Morat konnte dies entkräften. Die CHF 140'000 für eine externe Projektplanung gab zu reden. Es ist nachvollziehbar und es ist noch anzuführen, dass ein Teil dieses Betrags, rund CHF 40'000, im Personalbudget der Gemeinde eingespart wird, weil der Projektleiter nicht angestellt ist. So ist es transparent, was der Projektleiter kostet, man sieht diese Kosten direkt. Wir haben den Anträgen des Gemeinderates mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt. Der Hauptteil der Planung ist es, die 5% Genauigkeitsplanung heranzubringen, was vorhin sehr grob war, plus/minus 25%. Es ist sehr wichtig, dass wir diese Genauigkeit haben. Die Geschichte mit dem Projektleiter kommt halt da noch zusätzlich mit rein. Wir schlagen Ihnen vor, dieses Geschäft so anzunehmen, wie es der Gemeinderat vorschlägt.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Das Ziel der Kostengenauigkeit von plus/minus 5% begrüssen wir sehr in unserer Fraktion. Die Kosten zur Erreichung dieses ehrgeizigen Zieles liegen unseres Erachtens im Rahmen. Wir finden es gut, dass die Projektleitung extern ist. Wir würden es begrüssen, wenn man auch in Zukunft mit einer externen Projektleitung weiterfährt, anstatt gemeindeintern jemanden zu finden, der sich dann neu einarbeiten muss. Jetzt haben wir jemanden, der mit dem ganzen Projekt sehr gut vertraut ist. Wir werden den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Wir haben dieses Projekt in der Fraktion diskutiert. Es ist unbestritten, dass bauliche Anpassungen und Ergänzungen notwendig sind, damit die Allschwiler Schülerinnen und Schüler eine moderne Schule erhalten. Unsere Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zähneknirschend zu. Zähneknirschend, weil uns die Höhe der Kosten überrascht hat. Die Investitionen sind im Falle eines negativen Entscheid des Stimmvolkes in den Sand gesetzt. Es stehen verschiedene grössere Investitionen in Allschwil an. Neben dem neuen Schulhaus sind auch neue Investitionen in Kindergärten vorgesehen. Die Pensionskassensanierung steht an und es gibt sicher noch andere grössere Investitionen. Wir bitten den Gemeinderat, bei den Finanzen die Gesamtoptik nicht aus den Augen zu verlieren. Falls das geplante Schulhaus anstelle von CHF 50'000'000 nur CHF 45'000'000 kosten wird, ist niemand unglücklich.

Juliana Weber, SP-Fraktion: Der Verpflichtungskredit war in der SP-Fraktion unbestritten. Wir fanden es auch sehr viel Geld, aber wir haben uns von Gemeinderat Morat überzeugen lassen, dass es im Verhältnis zu den Kosten, welche das neue Schulhaus haben wird, sicher CHF 50'000'000, steht. Die Spezialisten, die bei der Vorprojektierung mithelfen müssen, rechtfertigen dies. Schlussendlich müssen wir dem Stimmvolk eine Kostengenauigkeit bieten und dementsprechend ist es wichtig, dass es eine gute Vorprojektierung ist. Wir werden den Anträgen zustimmen.

Ueli Keller, Grüne/EVP-Fraktion: Die Fraktion EVP/Grüne stimmt dem Kredit ebenfalls zu. Wir stellen fest, dass das Siegerprojekt Rägeboge positiv den Schluss zulässt, dass es städtebaulich und topografisch hervorragend positioniert ist, passend im Quartier, und die Aufteilung der Gebäudeteile Schule, Aula und Dreifachturnhalle, überzeugt. Erfreulich ist auch die Information des Gemeinderates in

den Gemeindenachrichten. Es zeigt, dass die eingesetzte Planungsbegleitkommission die bestmögliche Lösung initiieren möchte, das ist wunderbar. Die Ausführungen zur Bautechnik, zur Aula, Sporthalle, Garage und zu den Aussenräumen kann man konkret nachvollziehen. Ein bisschen vage bleiben die Ausführungen zum pädagogischen Konzept und ich erlaube mir dazu etwas zu sagen. Das Hauptanliegen eines zukunftstauglichen Schulmodells sind individuelle Förderung, Gemeinschaftsbildung und die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf, eine Lernsituation, wo sich alle Beteiligten wohl fühlen. Primär bleiben es die Lehrpersonen, die das managen, und die anderen Kinder, die ganz wichtig sind. Bauliche Voraussetzungen sind auch sehr entscheidend. Man redet da vom dritten Pädagogen. Um die Kinder erfolgreich zu unterrichten mit den heutigen Anforderungen, braucht eine Schule Räumlichkeiten, die nicht mehr gleich sind wie die der Eltern und Grosseltern. Es braucht Räumlichkeiten, die das Unterrichten in Gruppen möglich machen, das Arbeiten in Teams und konzentriertes individuelles Arbeiten. Die Räumlichkeiten müssen so sein, damit man sie flexibel und multifunktional nutzen kann. Die Fraktion der EVP/Grünen möchte, dass in der Vorprojektphase den pädagogischen Aspekten vermehrt Beachtung geschenkt wird. Das kommt in diesen Informationen, die wir bis jetzt erhalten haben, nicht deutlich zum Vorschein.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage zu. Zwei Sachen haben uns gestört. Bei den Kosten, Punkt 5, hätten wir die Kostenaufteilung gerne genauer gesehen. Beim Vorprojekt light hätte uns interessiert wo genau die CHF 586'000 hingehen, also mehr ins Detail. Die Atlastenuntersuchung und die Reserven, damit man sieht, wo die Reserven gebraucht werden könnten. Das andere geht mehr in die Richtung der VPK. Die SVP ist der Meinung, dass der VPK-Bericht ungenügend ist. Wir hätten mehr von diesem Bericht erwartet. Dieser soll dazu dienen, wenn man die Vorlage anschaut, die einem zugeschickt wird, dass er mehr ins Details geht und bestimmte Sachen klärt, die Nicht-Spezialisten nicht auf den ersten Blick sehen. Bei 3. Sicht der Kommission steht im dritten Abschnitt: „Einige Mitglieder der VPK sind erstaunt ob der Höhe der veranschlagten Planungskosten. Nach Auskunft des Gemeinderates Morat halten sie sich aber im Rahmen des Üblichen“. Ich mache das beim nächsten Mal auch so, wenn ich ein Badezimmer verkaufe. Ich sage, es kostet CHF 150'000 und wenn er mich dann fragt, weshalb dies so hoch sein, dann sage ich, das sei so üblich.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich habe den Bericht mit Interesse gelesen. Auf Seite 3 steht, man wolle ein pädagogisch modernes Schulhaus bauen. Da habe ich mich natürlich gefragt, ob man daran gedacht hat, dass es Integrationsklassen gibt, die mehr Räume brauchen. Hat man daran gedacht, dass die Lehrer im Team arbeiten und es somit mehr Arbeitsplätze für die Lehrer braucht. Das ist ein neues Bedürfnis, das in der Pädagogik aufkommt. Hat man daran gedacht, dass es mehr Bewegungsräume braucht für die integrativen Therapien wie Psychomotorik usw. Hat man daran gedacht, dass man eine ICT-Infrastruktur braucht im Schulhaus? Das sind alles Sachen, die eine moderne Pädagogik bedingen. Ich hoffe, dass der Gemeinderat und die Projektleitung daran denken. Es wäre jammerschade, wenn wir diese Chancen verpassen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich möchte gerne den beiden Vorrednern Keller und Gadola kurz entgegenen. In einem Schulhaus habe ich noch nie gehört, dass so viel pädagogische Sachen erfüllt werden müssen. Meiner Meinung nach müssen die Schüler lesen, rechnen und schreiben, bevor wir uns mit pädagogischem Geplänkel auseinandersetzen. Heute morgen hat es im Radio DRS der Vertreter der EVP auch so formuliert, dass lesen, rechnen und schreiben das Wichtigste ist.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Frau Weber hat gesagt, es war in der Fraktion unbestritten. Ich kam dort aus dem gleichen Grund zu spät wie heute, ein sehr angenehmer. Am Anfang hat Frau Pausa gesagt, dass man bei den Kindergärten darauf geschaut hat, dass sie in den Quartieren bleiben können. Auch mit Harnos werden Kinder früher eingeschult. Kinder kommen jünger in die erste Klasse. Die Grossen im Kindergarten sind praktisch Erstklässler. Für mich gehört nicht nur der Kindergarten ins Quartier, sondern auch das Primarschulhaus. Es konnte mich noch niemand aus pädagogischer Sicht davon überzeugen, was der Sinn eines grossen zentralen und quartierübergreifenden Schulhauses ist. Das kann man auch im Quartier machen. Ich werde dieser Vorlage in pädagogischem Sinne nicht zustimmen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Sie haben wahrscheinlich auch abgestimmt, und Sie wissen, dass wir dem Sonderpädagogik-Konkordat und Harnos mit grossem Mehr zugestimmt haben. Sie wissen

wahrscheinlich nicht, was das alles beinhaltet. Ich hoffe, Sie sind sich bewusst, dass wir dies umsetzen müssen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz nachhaken zu dem, was Philippe Hofmann gesagt hat. Jetzt gehen wir wieder in die Details hinein, an was man alles denken soll. Jetzt sollten wir aber mit diesem Planungskredit die Leute arbeiten lassen und dann schauen, was dabei herauskommt und dann können wir Einfluss nehmen. Es ist pädagogisch auch so, zuerst zuhören und dann die Fragen stellen, und nicht umgekehrt.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Danke Florian. Natürlich ist mir das bewusst, und ich habe mit Vehemenz gegen Harnos und dieses Zeugs gestimmt. Es ist mir bewusst, dass wir dies machen müssen und als guter Demokrat füge ich mich dem, wenn auch zähneknirschend.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich probiere ein paar Fragen zu beantworten, die offenbar in der Diskussion aufgetaucht sind. Zu der Höhe der Kosten bei diesem Vorprojekt: Wenn man sich vorstellt, welches Team an diesem Projekt arbeitet, es ist auch ein Kostenplaner mit dabei, der allem ein Preisschild gibt. Der Gemeinderat hat die Kosten im Auge und wir wissen, was an weiteren Investitionen auf die Gemeinde zukommt. Aus diesem Grund machen wir das Vorprojekt. Wir können Ihnen hier nur etwas präsentieren, das von Fachleuten abgecheckt wurde. Diese machen das nicht gratis, die arbeiten nicht ab jetzt bis im Dezember für Gottes Lohn, sondern die erarbeiten eine wichtige Grundlage, damit Sie hier im März, respektive die VPK früher, über ein fundiertes Bauprojekt, welches diese Fragen beantwortet, die Herr Keller und Herr Gadola gestellt haben, diskutieren können. Auch das Lesen, Rechnen und Schreiben muss in diesem Schulhaus stattfinden. Wir werden ein Schulhaus bauen, das zukunftsgerichtet ist. Wir werden kein Schulhaus bauen, welches sich an der Vergangenheit oder an 1902 orientiert. Dann hätten wir das Gartenstrasse-Schulhaus behalten können. Wir möchten in die Zukunft schauen. Jetzt müssen wir uns bewusst sein, dass wir qualitativ gut arbeiten müssen, damit Sie hier eine gute Vorlage erhalten. Wir können so dem Volk, welches diese Diskussionen nicht eins zu eins mitbekommt, auch aufzeigen, weshalb sie so viel Geld in die Hand nehmen müssen. Das ist kein nice-to-have-Projekt, sondern wir brauchen dieses Schulhaus. Die Schüler müssen in ein Schulhaus gehen und sie müssen dort die bestmöglichen Voraussetzungen vorfinden, um arbeiten zu können. Ebenso müssen auch die Lehrpersonen bestmögliche Voraussetzungen haben, damit sie die Kinder zum Lernen animieren können. Das ist der Sinn und Zweck dieses Vorprojekts. Ich glaube, es lohnt sich etwas in die Hand zu nehmen, und trotzdem kostenbewusst sein, sodass Sie mit gutem Gewissen der Vorlage im März zustimmen können.

Christoph Benz, Grüne/EVP-Fraktion: Ich möchte kurz zu Florian Spiegel etwas sagen. Es kann nicht sein, dass wir sagen, sie sollen einmal projektieren und danach sagen wir, ob es uns gefällt. Es gibt vielleicht schon Kunden, die sagen, man soll mal ein Badezimmer machen und es ist egal, was es kostet. Das kann ich machen, wenn ich viel Geld habe. Als Gemeinde muss ich mit den Steuereinnahmen haushälterisch umgehen, da pflichtet mir sicher jede Partei bei, also muss ich klar sagen, was ich will und was ich nicht will. Und dann wird geplant und danach schaue ich, ob es dem entspricht, was ich verlangt habe. Wenn wir wollen, dass die Vorlage vom Volk angenommen wird, dann müssen wir ein gutes Projekt ausarbeiten, damit die Bevölkerung gute Gründe hat, es anzunehmen. Soweit müssen wir kommen.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Liane Klauser, SVP-Fraktion:

1. Ausgangslage

2. Architekturwettbewerb

3. Leistungen im Vorprojekt

4. Kosten für externen Projektleiter als Bauherrenvertretung

5. Kosten

6. Terminprogramm

7. Anträge

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen.

1. Für die Vorprojektierung „Unser neues Schulhaus“ auf dem Gartenhof wird ein Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 889'000 inkl. MWST bewilligt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2012 = 126.5 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Vom Kostengenauigkeitsgrad von plus/minus 5% wird Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

PAUSE

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum Info-Fenster des Gemeinderates.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe eine Mitteilung zu machen betreffend Wahlbüro. Es ist allen bewusst, dass wir das letzte Mal Ende Juni konstituierten. Gegen diese Konstituierung ist im Einwohnerrat eine Beschwerde am 29. Juni 2012 eingegangen gegen den Beschluss des Einwohnerrates. Dies mit zwei Begründungen. Das eine ist, dass der Einwohnerrat einen Wahlvorschlag nicht berücksichtigt habe und zum anderen sei ein falscher Parteienproporz angewendet worden. Der Gemeinderat hat den Ernst der Lage erkannt und hat sehr schnell auf diese Beschwerde reagiert mit einer Beschwerdevernehmlassung. Diese haben wir abgeschickt am 18. Juli 2012 an die Regierung. Wir haben den Antrag gestellt, dass erstens auf die Beschwerde nicht einzutreten sei, eventualiter die Beschwerde abzuweisen sei und vorab, dass der Beschwerde die aufschiebende Wirkung zu entziehen sei. Das Büro des Einwohnerrates hat sich auch mit dieser Thematik befasst und hat sich mit der Stellungnahme vom 18. Juli 2012 der Vernehmlassung des Gemeinderates angeschlossen. Der Antrag auf Entzug der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde wurde begründet in der Beschwerdevernehmlassung. Dort haben wir darauf hingewiesen, dass am 23. September 2012 die nächste Abstimmung stattfindet und dass wir bis zu diesem Termin handlungsfähig, sprich operativ sein müssen. Dies könnte knapp werden. Aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen ging es sehr lange, bis wir vom Kanton etwas gehört haben. Dies hat dazu geführt, dass wir nachgefragt haben und wir haben vom Kanton erfahren, dass diese Beschwerde bis anhin nicht an die Hand genommen wurde. Nach einer weiteren Intervention haben wir vom Kanton den Hinweis erhalten, dass wenn es nicht reicht, die Beschwerde zu behandeln, wir gestützt auf Paragraph 6 Absatz 3 Gesetz über die politischen Rechte, ein interimistisches Wahlbüro einsetzen sollen, wo die Fraktionen angemessen vertreten sind. Damit könne

man die Handlungsfähigkeit des Wahlbüros herstellen im Hinblick auf die künftige Abstimmung, die im September stattfindet. Dies hat der Gemeinderat respektive der Gemeindepräsident gemacht mit einem Schreiben an die Parteien. Sie kennen alle mein Motto: Das eine tun und das andere nicht lassen. Das hat sich einmal mehr als positives Vorgehen entpuppt. Fakt ist, dass wir heute eine Verfügung der Finanz- und Kirchendirektion Basel-Landschaft erhalten haben. Ich nehme es vorab und lege alle juristischen Paragraphen auf die Seite: Der Beschwerde wird die aufschiebende Wirkung per heutigem Datum entzogen. Der Gemeinderat wird angewiesen, seinen Brief vom 5. September 2012 zurückzuziehen. Als Begründung kann ich sagen, dass man einer Beschwerde die aufschiebende Wirkung entziehen darf, wenn wichtige Gründe dafür sprechen. Die wichtigen Gründe haben wir in unserer Beschwerdevernehmlassung dargestellt. Es geht dort insbesondere darum, dass die Abstimmung im September ordnungsgemäss über die Bühne geführt werden kann. Es darf nicht sein, dass Allschwil wegen einer solchen Beschwerde nicht melden darf, was die Abstimmungsergebnisse sind. Dieser Argumentation ist die Finanz- und Kirchendirektion gefolgt mit dem Hinweis, dass das öffentliche Interesse an der Durchführung und der Handlungsfähigkeit des Wahlbüros wichtiger zu bewerten ist und letztendlich kein nicht wiedergutzumachender Nachteil feststellbar ist, wenn das Wahlbüro, welches der Einwohnerrat im Juni gewählt hat, zum Einsatz kommt. Der Beschwerde wurde die aufschiebende Wirkung entzogen. Damit kann das Wahlbüro, welches gewählt wurde im Juni 2012 im Einwohnerrat für die laufende Amtsperiode, in der ursprünglichen Zusammensetzung wirken und seine Arbeit aufnehmen für den 23. September 2012. Das entsprechende Schreiben an die Fraktionen und an das Wahlbüro durfte ich bereits unterzeichnen, damit diese ihre Arbeiten an die Hand nehmen können. Damit kann ich garantieren, dass wir am 23. September 2012 ein funktions- und handlungsfähiges Wahlbüro haben. Was am Schluss passiert, wenn die Beschwerde entschieden wird, ist eine andere Frage. Nach wie vor drängt die Zeit, im November sind die nächsten Abstimmungen. Die aufschiebende Wirkung ist nicht auf Zeit entzogen, sondern sie ist entzogen, also gilt dieser Entzug auch noch im November.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich habe auch noch eine Information zum Thema Mühle. Wie Sie alle wissen, haben wir den positiven Volksentscheid über den Verkauf der Mühle letztes Jahr zur Kenntnis genommen und mussten diesen umsetzen. Wir haben verschiedene Massnahmen dazu getroffen. Unter anderem haben wir einer spezialisierten Firma die Ausschreibung eines Verkaufs übergeben. Da haben sich Leute gemeldet, leider haben sie wieder abgesagt. So mussten wir per 31. August leider die Mühle schliessen. Wir hatten das Glück, einen neuen Investor kennenzulernen. Sie sitzen heute Abend auch hier, Herr Vorraro und Herr Koller. Sie sind momentan daran, das Projekt, welches sie in Allschwil auf der Mühle verwirklichen wollen, bis Ende Jahr auf einen Stand zu bringen, sodass wir Vertragsverhandlungen aufnehmen können. Noch nicht klar ist die Frage nach dem Pächter. Die Herren sind gut vernetzt in der Nordwestschweiz und kennen sich auch in der Gastrobranche gut aus. Sie sind auf der Suche nach geeigneten Leuten, die die Pacht allenfalls vor dem Datum des Verkaufs übernehmen, sodass die Mühle schon vorher aufgehen kann. Wir sind bestrebt, dass die Mühle möglichst kurz geschlossen ist. Wir nutzen die Zeit und wechseln ein marodes Fenster in der Küche aus, welches aus hygienischen Gründen sowieso gewechselt werden muss. Wichtige Instandarbeiten bei den Böden im ersten Stock gleisen wir auch jetzt bereits auf, damit der Pächter möglichst reibungsarm allenfalls zu einem früheren Zeitpunkt die Mühle eröffnen kann.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich möchte Sie informieren, dass die Gemeindepolizei diesen Monat ein neues Dienstfahrzeug erhalten wird. Das bisherige Fahrzeug hatte im Juni einen grösseren technischen Schaden, die Reparaturkosten belaufen sich schätzungsweise auf über CHF 10'000. Dies überschreitet deutlich den Zeitwert des Dienstfahrzeuges, welches wir im nächsten Jahr sowieso altershalber ersetzen wollten. Eine Gemeindepolizei ohne Dienstfahrzeug ist wie ein Adler mit lahmen Flügeln. Das Sprichwort ist sonst mit einer Ente, aber bei der Gemeindepolizei denke ich eher an den Adler. Die Gemeindepolizei ist auf ein Fahrzeug angewiesen, um ihren Dienstauftrag vollständig zu erfüllen. Darum haben wir in der Zwischenzeit ein Auto gemietet für die Gemeindepolizei. Weil die Gemeindepolizei dringend ein neues Fahrzeug benötigt, hat der Gemeinderat die Ersatzbeschaffung für dringlich erklärt und hat darum den Kredit über maximal CHF 50'000 für das Fahrzeug inklusiv allen notwendigen Um- und Einbauten, welche ein Polizeifahrzeug braucht, genehmigt. Die dringliche Beschaffung führt damit zu einem Nachtragskredit an den Einwohnerrat.

Jetzt informiere ich Sie auch über eine kleine Panne. Der Nachtragskredit müsste Ihnen heute vorliegen und er müsste in der erstmöglichen Sitzung traktandiert sein. Sie haben das nicht, das ist unser Fehler, und ich bitte Sie, diesen Fauxpas zu entschuldigen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich möchte Sie kurz informieren über Veränderungen im Asylbereich. Vielleicht haben Sie es bereits gelesen, es stand in der Zeitung. Es haben alle etwas zu berichten im Info-Fenster, das heisst, dass während den Ferien beim Gemeinderat relativ viel läuft. Wir hatten eine Anfrage des Kantons, ob wir gewillt wären, zugunsten des Bundes unsere 150 Asylplätze für das Empfangs- und Verfahrenszentrum Bässlergut zur Verfügung zu stellen. Wir haben das intensiv behandelt. Wie Sie alle wissen, nehmen die Asylanträge zu. Der Bund hat zu wenig Plätze, deshalb kamen sie auf uns zu. Wir haben dies intensiv besprochen und relativ viel Zeit gebraucht, bis wir soweit waren und dann ein Okay gegeben haben, um diese Plätze zur Verfügung zu stellen. Für den Gemeinderat ist es eine win-win-Situation. Für den Bund können Verfahrenszeiten verkürzt, indem dies eine Dependence des Bässlergutes ist. Sie sind viel näher und die Leute müssen im Kanton nicht verteilt werden. Davon versprechen sie sich sehr viel. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch so der Fall sein wird. Von der Menge ändert sich für Allschwil nicht viel. Wir hatten in den letzten Monaten schon 135 bis 140 Leute, welche wir vom Kanton zugewiesen bekamen. Wir haben eine Zuweisungsquote von 0,8, das ist Pflicht. Der Durchschnitt beim Kanton liegt bei 0,65. Wir hatten immer rund 0,8 oder mehr. Dies ist politisch immer heikel, wenn man schaut, wie es bei anderen Gemeinden ist. Alle rufen danach, dass man vorwärts machen soll im Asylwesen. Wenn dann Hilfe gewünscht wird, ist niemand bereit, zu unterstützen. Das ist ein Widerspruch. Diese Leute kommen hierhin und werden ins Bässlergut zurückgenommen, sie werden dort befragt. Es ist eine 24-Stunden-Betreuung bei uns und dasselbe auch mit der Sicherheit. Ein Securitas beobachtet alles. Wir haben den Vorteil darin, dass es eine Einsparung gibt bei der Schule. Wir haben keine Kinder, die eingeschult werden müssen. Wir haben auch keine Kinder mehr, die in den Kindergarten gehen müssen. In der Regel ist es so, dass man eine Fremdsprachenklasse hat, die Asylsuchende sind. Diese braucht es jetzt auch nicht mehr. Ein weiterer Vorteil für die Gemeinde ist, dass die sogenannten VA 7+, die vorläufig Aufgenommen, die mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind, zulasten der Sozialhilfe gehen. Diese fallen momentan auch weg, weil wir dann keine haben. Die Pflicht der Aufnahme von diesen verpflichteten Prozenten, also 0,8% im Moment, besteht momentan nicht mehr. Wir müssen keine mehr aufnehmen für diese Periode von drei Jahren, die wir mit dem Bund abgemacht haben.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte Sie gerne über die ELBA-Ausstellung informieren, die in Allschwil zurzeit einsehbar ist. ELBA steht für Entwicklungsplanung Leimental – Birseck - Allschwil und ist sehr wichtig für unsere Zukunft in den nächsten 20 bis 40 Jahren. Sie können dazu im Lichthof der Gemeindeverwaltung bis übermorgen die Ausstellung besuchen, danach schliesst sie. Es liegen dort drei Projekte auf. Das eine heisst Kombi von der Gruppe Portoferraio. Eines heisst Tangente von der Ingenieurgruppe Rapp Trans und das dritte heisst Bestand von der Metron Verkehrsplanung. Wichtig, wenn Sie persönliche Betreuung brauchen, dann haben Sie morgen Abend die Gelegenheit ab 19.00 Uhr eine öffentliche Führung zu besuchen im Lichthof der Gemeinde Allschwil. Man kann auch übers Internet eine Stimme abgeben zu den Projekten oder Ihre Wünsche, wie sich die Region entwickeln soll. Dies finden Sie unter www.zukunft-elba.ch. Wenn Sie Zeit haben morgen Abend um 19.00 Uhr, dann kommen Sie bitte ins Gemeindezentrum.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen jetzt zur Fragestunde. Ich komme zum erste Fragekomplex von Bruno Gadola, SP-Fraktion, Entlassungen in Allschwil.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Zuerst hatte ich Freude, als ich gesehen habe, dass wir eine Stellungnahme zu diesem Thema abgeben dürfen. Weniger Freude hatte ich bei genauem Lesen an der Unterstellung, dass Behördenmitglieder und Politiker die Umstände bei den Entlassungen im Life Science-Bereich bagatellisiert haben sollen. Ich bin aber überzeugt, dass er nicht die Behördenmitglieder der Gemeinde Allschwil meint oder zumindest nicht den Gemeinderat. Ich erläutere gerne ein paar Umstände zur Diskussion. Fakt ist, das darf ich hier offen, ehrlich und deutlich sagen, dass ich zuerst der Firma Actelion danken möchte. Sie haben uns in der ganzen Diskussion regelmässig auf dem Laufenden gehalten. Sie haben uns die entsprechenden Schritte, die sie eingeleitet haben und Massnahmen, die bevorstehen, mitgeteilt, so waren wir immer bestens informiert über die Entwicklung in der Firma. Gewisse Details, die Sie heute gerne hören würden, werden Sie heute nicht hören dürfen, weil diese Firma eine börsenkotierte Firma ist. Wir können nicht alles in der breiten Öffentlichkeit miteinander diskutieren. Bei der Firma Covance war es ein bisschen schwieriger mit dem Kontakt. Der Unterschied ist erklärbar. Wir wissen und sind stolz darauf, dass die Firma Actelion ein Allschwiler Unternehmen ist mit Sitz in Allschwil. Bei der Firma Covance ist dies natürlich anders, die Ortsgebundenheit ist sehr gering, beinahe bei Null. Da gibt es ein externes Management, das beschlossen hat, dass man zurückgeht zur Muttergesellschaft.

Die erste Frage betrifft die Zahlen: Kennt der Gemeinderat die genaue Zahl der entlassenen Mitarbeiter. Wir haben von der Firma Actelion mitgeteilt erhalten, es war heute auch in den Medien zu lesen, dass 115 Stellen in Allschwil abgebaut werden. In der ersten Mitteilung wurde gesagt, dass etwa 70 Kündigungen notwendig sind. Aktuell wurde diese Zahl korrigiert und es werden rund 40 Kündigungen sein. Bei der Firma Covance ist dies schwieriger. Wir wissen, dass insgesamt in etwa 106 Stellen abgeschafft werden. Covance kennen Sie, das ist der Betrieb am Lettenweg, wo nachts die Lichter gebrannt haben und diese Versuche gemacht wurden.

Die nächste Frage: In welcher Masse und in welcher Weise konnte der in Aussicht gestellte Sozialplan die entstandenen Nöte lindern. Da wird auf die Unia Bezug genommen, die sagt, dass, ich weiss nicht zu welcher Firma, unpräzise, unsolidarisch und unzureichend gearbeitet würde. Wir reden von Massenentlassungen. Der Begriff ist definiert im Obligationenrecht, Artikel 335d ff. Dort ist geregelt, wenn Entlassungen stattfinden, dass diese beim Kiga respektive beim Kanton angekündigt werden müssen. Wenn diese Entlassungen bekannt werden beim Kiga, dann kommt es zu einem sogenannten Konsultationsverfahren. Das ist gesetzlich vorgeschrieben und das kann man bei uns auch auf der Internetseite herunterladen. Das Konsultationsverfahren ist vorgeschrieben und läuft nach einem bestimmten Schema. Dazu gibt es eine Check-Liste beim Kiga, an diese Check-Liste haben sich die beiden Firmen grundsätzlich gehalten. Massenentlassungen müssen angekündigt werden. Man muss eine Informationspflicht erfüllen, und zwar schriftlich über die Hintergründe und Details der Entlassungen. Dies allerdings nicht zuhänden der Öffentlichkeit, sondern zuhänden des Kiga Kanton Basel-Landschaft. Dann gibt es das sogenannte Konsultationsverfahren mit den entsprechenden Fristen. Bei diesem Verfahren geht es darum, dass abgeklärt wird, ob diese Stellen gestrichen werden müssen. Das Personal hat die Möglichkeit Einfluss zu nehmen und zu sagen, dass sie eine andere Lösung sehen, um diese Stellen zu erhalten. Es ist nicht nötig, dass die Stellen gestrichen werden. Alle vorgeschlagenen Alternativen zur Kündigung werden nachher geprüft und diskutiert. Das Ergebnis muss in einem Protokoll festgelegt werden und schriftlich zuhänden des Kiga übergeben werden. Gleichzeitig ist im gesamten Verfahren ein Sozialplan enthalten. Massgeblich ist der Sozialplan abhängig vom Gesamtarbeitsvertrag, den die Sozialpartner miteinander abgeschlossen haben. Das Kiga prüft die Massnahmen und schaut, ob sie die Folgen der Massenentlassung mindern können. Das ist das Konsultativverfahren, welches Sie in den Medien lesen konnten. Actelion hat dies mit Erfolg durchgeführt. Bei Actelion ist eine Einigung zustande gekommen, auch hinsichtlich des Sozialplanes. Das heisst, dass die Stellen kompensiert werden oder Härtefälle sollen mit Abfindungszahlungen, Frühpensionierungsvereinbarungen oder Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, Outplacement, unterstützt werden. Ich habe gesagt, welche Leistungen diese Leute erhalten. Zuständig ist im Kanton das Kiga und nicht der Gemeinderat Allschwil oder der Gemeindepräsident. Wir waren über diese Schritte immer informiert. Wir waren immer im Kontakt mit der Wirtschaftsförderung Baselland, Thomas De Courten bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Baselland. Er hat diese Kontakte mit den Firmen, auch mit der Firma Covance, wo es darum geht, mindestens einen Bestandesehalt zu erreichen. Diese Verhandlungen, das können wir offen zugeben, sind nicht so abgelaufen, wie wir das gerne gehabt hätten. Diese Stellen werden abgebaut.

Lief die vom Kanton in Aussicht gestellte Unterstützung bereits an? Da darf ich Ja sagen, das habe ich geschildert. Bei der Firma Actelion erfolgreich, bei der Firma Covance mit eher zurückhaltendem Erfolg. Worin bestand diese und inwiefern zeigte sie Wirkung? Wie gesagt, ich habe es bereits beantwortet. Bei der Firma Actelion haben wir einen Sozialplan, wo sich Unternehmer, Arbeitnehmer und Kiga geeinigt haben.

In welcher Weise engagierte sich der Gemeinderat in dieser Sache? Das habe ich beantwortet. Wir hatten mit den Firmen Kontakt. Wir haben über die Wirtschaftsförderung übrigens immer Kontakt mit diesen Firmen in regelmässigen Sitzungen. An den Wirtschaftsförderungssitzungen der Gemeinde Allschwil, drei bis vier Mal pro Jahr, ist immer eine Vertretung von Actelion dabei. Dort werden solche Themen, insbesondere auch Bedürfnisse an den Standort Allschwil, diskutiert und ausgetauscht. Sind nach Kenntnisse des Gemeinderates weitere Entlassungen zu erwarten? Das ist etwas, das ich nicht beantworten kann. Das sind unternehmerische Entscheide, die man nicht vorgängig aufgrund von Mutmassungen an die Gemeinde heranträgt.

Ich möchte der Firma danken für den konstruktiven und aktiven Dialog, den wir mit der Firma bis jetzt immer geführt haben, aktuell führen und mit Sicherheit auch in Zukunft führen werden. Das ist meine Antwort, die ich geben kann.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Antwort. Konkret weiss ich nicht, was passiert ist, inwieweit geholfen wurde und inwieweit die Unterstützung funktioniert hat. Anscheinend kann man es nicht sagen, es wäre schön, wenn dies transparent dargelegt werden könnte. Ich habe gehört, dass es von einer Firma grosse Bemühungen gab, von der anderen weniger. Das bleibt einem schon ein bisschen im Hals stecken. Ich hoffe, dass die konkrete Hilfe wirklich funktioniert hat.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum zweiten Fragenkomplex von Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion, KESP Leimental, Umsetzung.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich möchte dem Fragenden danken, dass doch jemand Interesse an KESP hat. Ich beantworte dies gerne. Sie haben am 20. Juni den Vertrag der acht Gemeinden, die einen KESP-Kreis bilden, genehmigt, nicht alle, aber die meisten. Inzwischen haben wir eine Vereinbarung zum Vertrag ausgearbeitet, die jetzt im Gemeinderat ist, und von den verschiedenen Gemeinden auch genehmigt wurde. Das benötigte Personal, Behörden plus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sekretariatsstellen, sind alle rekrutiert und teilweise angestellt. Der Präsident ist seit dem 1. August im Amt. Der muss das Ganze mithelfen aufzubauen mit der Steuerungsgruppe zusammen. Die anderen Leute fangen teilweise gestaffelt an, 1. November, 1. Dezember und die letzten werden anfangs März ihre Stelle antreten. Die Schulung der Behörden läuft bereits. Der Hauptabteilungsleiter der Sozialen Dienste Allschwil hat dies organisiert für das ganze Leimental. Da ist ein grosses Interesse da. Es sind rund 30 Leute, die an der Weiterbildung KESP waren. Dazu kommen natürlich unsere eigenen Leute, die in den neuen gesetzlichen Bestimmungen auch geschult werden müssen. Wir haben die Aktenübernahme. Das ist nicht ganz einfach, es gibt viele Akten, die in der Vormundschaftsbehörde vorhanden sind. Es gibt neue und alte, die irgendwo archiviert werden müssen, da stellt sich eine Platzfrage. Wir haben ein Schreiben ausgearbeitet für die Vormundschaftsbehörde, nach welchem System es ablaufen muss, damit keine Fehler passieren. Die Büroräumlichkeiten waren auch nicht ganz einfach. Wir mussten einige Gemeinden abklappern, bis wir etwas gefunden haben, wo wir die KESP unterbringen konnten. Letztendlich haben wir in Binningen etwas gefunden, das neben der Gemeindeverwaltung ist. Anfangs haben sie nein gesagt und am Schluss dann doch ja. Der Einwohnerrat hat auch den Kredit für den nötigen Umbau, CHF 900'000, genehmigt. KESP wird sich dort einmieten. Ganz ohne Probleme geht es nicht, weil sie mit der Ausstattung des Hauses mehr Zeit benötigen als bis zum 1. Januar. Wir mussten eine provisorische Lösung suchen und finden bis Ende März, und wir haben das gefunden. Wir sind intensiv daran, es ist nicht ganz einfach, wenn man mit acht Gemeinden etwas zusammen macht. Jeder Gemeinderat hat noch eine andere Idee zum Vertrag und zur Vereinbarung. Am Anfang war es schwieriger, uns zu finden, aber am Schluss konnten wir die Sachen gut durchbringen. Ich bin überzeugt, dass wir am 1.1.2013 starten können, wenn nicht etwas Spezielles dazwischen kommt.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Danke, die Frage ist umfassend beantwortet. Wir sehen, dass es auf gutem Weg ist.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum dritten Fragekomplex von Susanne Vogt, FDP, neues Polizeigesetz.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Das neue Polizeigesetz wurde von der Regierung verabschiedet zuhanden des Landrates und liegt aktuell in der Vorberatung der zuständigen Kommission. Es wird in Kürze im Landrat sein. Es wurde also noch nicht verabschiedet, aber trotzdem können wir davon ausgehen, dass es bis auf kleine Änderungen so in Kraft treten wird. Entsprechend sind wir bereits am Planen. Das neue Gesetz definiert die bisherige Aufgabenteilung, Polizei Baselland ist für die Sicherheit zuständig und die Gemeindepolizei für Ruhe und Ordnung, noch strikter. Das hat unter anderem zur Konsequenz, dass der Auftrag für Ruhe und Ordnung zwingend durch die Gemeinde sichergestellt werden muss, rund um die Uhr an 365 Tagen. Bisher wurde ausserhalb der Präsenzzeiten, also nachts und am Wochenende, diese Dienstleistung, für die wir zwar zuständig sind, durch die Kantonspolizei erbracht. Sie war dazu verpflichtet, und im neuen Gesetz wird sie dafür nicht mehr verpflichtet sein. Entsprechend ist es unsere Aufgabe, die neue Anforderung zu erfüllen. Dafür gibt es mehrere Optionen. Eine Option ist, dass wir eine Verbundlösung mit umliegenden Gemeinden suchen, die ja das gleiche Problem haben. Da gab es im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens bereits Gespräche. Jetzt, wo absehbar ist, dass in Kürze das neue Gesetz in Kraft treten wird, haben wir diese Gespräche wieder aufgenommen. Wir führen Gesprächen mit Nachbargemeinden. Es gibt auch die Lösung, dass wir einen externen Dienstleister mit dieser Aufgabe betrauen, zu den Zeiten, wo unsere Leute nicht selber im Einsatz sind. Da gibt es diverse Anbieter. Wir haben bereits erste Offerten im Haus. Diese Offerten sehen interessant aus. Die dritte Möglichkeit wäre, dass wir diese Dienstleistung vollständig selber erbringen. Dann müssen wir unseren Personalbestand massiv heraufschrauben, das ist die unattraktivste Lösung, rein finanziell gesehen. Ich habe Ihnen drei Varianten aufgezählt. Selbstverständlich sind auch Mischformen möglich. Die Fragen, die Susanne Vogt stellte, sind folgende:

Was heisst es für die Gemeinde Allschwil? Das habe ich Ihnen jetzt aufgezeigt.

Müssen mehr Gemeindepolizisten angestellt werden? Je nach dem, welche Variante wir wählen, könnte dies zutreffen. Dies ist Teil der Prüfung, die jetzt stattfindet.

Schliesst sich Allschwil einem Polizeiverbund mit anderen Gemeinden an? Das ist eine Option, die wir zurzeit prüfen.

Sind schon Vorstellung und/oder Verhandlungen im Gang? Vorstellungen ja, das habe ich ausführlich mitgeteilt. Verhandlungen ja, wir führen bereits Verhandlungen. Ich hoffe, ich konnte die Fragen vollständig beantworten.

Susanne Vogt, FDP-Fraktion: Vielen Dank für die Ausführungen. Ich hoffe, dass uns der Gemeinderat in diesen Fragen weiterhin informiert. Ob wir mehr Leute anstellen müssen etc., hat ja auch finanzielle Folgen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich fasse es als Frage auf und ich gebe gerne eine Antwort. Wie immer wir uns entscheiden werden, wird es, das ist absehbar, budgetrelevant sein. Damit sind wir automatisch beim Einwohnerrat, der dies genehmigen muss.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum vierten Fragekomplex von Jérôme Mollat, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Facebook-Party auf dem Plumpi-Spielplatz.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich darf Ihnen die erste Frage beantworten. Wir hatten selbstverständlich einen Aufwand in der Gemeinde Allschwil. Das waren Mitarbeiter des Werkhofes, die dort aufgeräumt haben. Weil das Wetter sehr nass war, waren die Scherben im Boden eingedrückt. Insgesamt belaufen sich die Stundenzahlen auf 7 Stunden des Werkhofes plus zusätzlich die Entsorgungskosten und die Fahrzeuge.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich darf Ihnen die zweite Frage aus diesem Fragenkomplex zur Facebook-Party beantworten. Die Frage ist, welche Möglichkeiten die Gemeinde hat, solche Verunreinigungen zu verhindern, um zumindest die Aufräumkosten dem Verursacher aufzubürden? Eine Möglichkeit, um spontane Treffen zu verhindern, haben wir keine. Wir sind diesbezüglich im Facebook nicht aktiv. Die viel spannendere Frage ist, ob wir die Kosten, die vorhin erwähnt wurden, weitergeben können. Dort stellt sich die Frage, ob dies eine lose Gruppierung ohne Organisator ist, oder ist es eine mit Organisator. Wenn sich Leute spontan treffen, dann muss es gelingen, wirklich festzustellen, wer welchen Schaden verursacht hat. Nur wenn man eine konkrete Person hat, könnte man diese Personen haftbar machen. Ich möchte dies anhand eines Beispiels erläutern. Wenn Sie als Besucher beim FCB ein Match anschauen und Sie sehen von der Tribüne aus, dass in der Muttenserkerkurze sich gewisse Leute nicht ganz so verhalten, wie sie sollten. Dann werden Sie auf der Tribüne nicht dafür haftbar gemacht, obwohl sie an der gleichen Versammlung teilnehmen. Wenn es einen Organisator gibt, und das könnte im vorliegenden Fall so sein, dann kann man den Organisator dafür haftbar machen. Genauer kann ich Ihnen zu diesem Fall nicht sagen. Es wird sich zeigen, die Polizei Basel-Landschaft ist in dieser Sache tätig.

Jérôme Mollat, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Wir danken dem Gemeinderat für die Ausführungen. Es geht uns nicht darum, solche Veranstaltungen zu verhindern. Es geht uns um die Auswüchse.

Rolf Adam, Präsident: Ich habe eine Zusatzfrage von Ruedi Breitenstein, Grüne Allschwil. Ich lege sie auf den Visualizer:

Zu der Wegmattenüberbauung (Elefantenacker). Gibt es dafür einen Architekturwettbewerb und hat die Bevölkerung zur Überbauung noch etwas zu sagen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Selbstverständlich hat das Volk zur Überbauung um einen Drittel der Wegmatten etwas zu sagen. Der Gemeinderat hat sich schon einige Gedanken dazu gemacht. Wir haben auch einen Betrag ins Budget gestellt, da nächstes Jahr Planungen stattfinden. Es wird sicher eine Art Architekturwettbewerb und mehrere Workshops geben. Ich habe die Unterlagen jetzt grad nicht dabei. An

rund drei geplanten Workshops wird sich die Allschwiler Bevölkerung dazu äussern können. Wir denken, dass 2018 dort gebaut wird. Da gibt es noch einige Möglichkeiten, um sich einzubringen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe noch eine kurze Ergänzung dazu. Es geht nicht nur um die Wegmatten. Das Mitwirkungsverfahren mit Workshop wird das ganze Areal erfassen. Da können wir uns gemeinsam auch über die verschiedenen Grünbereiche Gedanken machen, wie das Grün bei den anderen zwei Dritteln umgesetzt werden soll.

Rolf Adam, Präsident: Wenn keine weiteren Fragen mehr da sind, dann kehren wir zur Traktandenliste zurück.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2012, zum Postulat der CVP-Fraktion, vom 22.05.2012, betreffend Abfederung negativer Begleiterscheinungen der Schulortzuteilung sowie zum Postulat der Fraktionen SP, EVP, GLP, Grüne, SD, SVP und FDP vom 22.05.2012, betreffend Schulortzuteilung
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4071 / A, Geschäft 4072 / A

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Im Januar, als ich mich bei der Schulleitung Sekundar erkundigt habe, ob es dieses Jahr auch wieder zu Schülerverschiebungen kommt, habe ich mich sehr gefreut über die Antwort. Damals war man der Meinung, dass es dies nicht gibt. Im Frühling haben wir erschreckt festgestellt, dass es dieses Jahr wieder der Fall sein wird. Sie, liebe Einwohnerräte, haben sofort reagiert und haben zwei ähnlich lautende Postulate in der Mai-Sitzung des Einwohnerrates eingereicht. Wir haben uns erlaubt, diese Postulate, weil sie sehr ähnlich sind, zusammen zu beantworten. Wir waren bei der Beantwortung dieses Postulats sehr schnell, weil es ein grosses Anliegen des Gemeinderates ist, dass dies auf einen guten Weg kommt. Der Gemeinderat ist auch nicht erfreut und nicht glücklich darüber, dass es aktuell sieben Kinder sind, die nach Binningen gehen müssen, und vier Kinder weiterhin nach Oberwil, das ist der jetzige Stand. Wir sind auch der Meinung, dass im Sinne eines Solidaritätsbeitrags eine Kostenbeteiligung gesprochen werden soll. Im Sinne der Gleichbehandlung beantragen wir Ihnen, dass die Kinder, die im zweiten Jahr nach Oberwil gehen, weiterhin eine Kostenbeteiligung erhalten, so wie letztes Jahr. Wir möchten die Kostenbeteiligung für ein Jahr befristet aussprechen. Es wird eine Initiative zur Abstimmung kommen, welche die Schülerverschiebungen unterbinden soll. Ich meine, sie kommt im November zur Abstimmung. Im Landrat ist ein Vorstoss hängig, wir haben Ihnen diesen abgedruckt, welcher sagt, dass für eine Kostenbeteiligung der Kanton zuständig sei. In diesem Sinne würden wir gerne abwarten, wie die Initiative ausgehen wird und wie die Antwort auf den Vorstoss sein wird. Darum ist es befristet auf ein Jahr. Wir haben, weil wir das geahnt haben, im Budget für das Jahr 2013 bereits CHF 13'000 eingestellt. Wir würden diesen Kostenbeitrag gerne auf CHF 1'000 festlegen. Letztes Jahr war es CHF 1'130, weil wir dort genau ausrechnen konnten, halbes U-Abo und halber Mittagstisch. Jetzt ist es ein anderer Mittagstisch, und darum denken wir, dass wir die Berechnung so stehen lassen und mit einer Kostenbeteiligung von CHF 1000 richtig liegen. Ich empfehle Ihnen, den Anträgen zu folgen, das würde mich sehr freuen.

Rolf Adam, Präsident: Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, dann kommen wir zur Beratung als Ganzes.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion möchten zuerst unseren Dank aussprechen dafür, dass der Gemeinderat die beiden Postulate entgegengenommen und so schnell beantwortet hat. Ein Wehmutstropfen bleibt, nämlich dass die Schüler nach wie vor zwangsverschoben werden nach Binningen und Oberwil. Dies kann weder der Gemeinderat noch der Einwohnerrat ändern. Solange sich im Landrat nichts tut, müssen wir das so hinnehmen. Wir sind mit der Beantwortung des Postulats sehr zufrieden, dass unserem Begehren entsprochen wurde, den Betroffenen Eltern der Schüler finanziell

entgegentzukommen. Wir meinen auch, dass der Pauschalbetrag für CHF 1000 in etwa dem entspricht, was wir uns vorgestellt haben. Das sind die Mehrkosten nach Abzug der Ohnehin-Kosten. Dass diese Massnahme befristet ist, finden wir sachgerecht. Wir haben bereits einen ähnlichen Vorstoss eingereicht, eine dringliche Motion. Auch dort wollten wir eine befristete Lösung, bis die Initiative „Keine Zwangsverschiebung der Schüler“ zur Abstimmung kommt. Sobald über diese Initiative abgestimmt wurde, haben wir Klarheit. Wenn es danach weiterhin Zwangsverschiebungen gibt, dann ist es Volkswillen und die Gemeinde muss das nicht mehr ausgleichen. Oder, was wir viel mehr hoffen, sagt das Volk nein, und dann erledigt sich die Frage nach der finanziellen Beteiligung. Wir bedanken uns bei der Gemeinde für die Beantwortung des Postulats und stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es wurde gesagt, dass sich im Juni alle Parteien darauf geeinigt haben, dass ein Kind, das einer Nachbargemeinde zugeteilt wurde, finanziell von der Gemeinde unterstützt werden soll. Der Gemeinderat hat dies gemacht und unsere Anträge wohlwollend angenommen. Die CHF 1000 pauschal pro Kind und Jahr wurden ins Budget aufgenommen. Das ist nicht selbstverständlich und dafür danke ich dem Gemeinderat im Namen der SP. Grundsätzlich müssen wir auch bedenken, dass es im Kanton in den 86 Gemeinden nur 19 Sekundarschulorte gibt. Darum betraf es dieses Jahr 48 Kinder, welche einer Nachbargemeinde zugeteilt wurden. Als Folge davon werden insgesamt 14 Klassen weniger gebildet, dadurch spart der Kanton CHF 11'000'000. Somit, das ist uns allen klar, ist der Kanton zuständig. Mit der Initiative, die nun endlich zur Abstimmung kommt, ist diese Übergangslösung eine sehr gute Sache. Es wurde auch erwähnt, es läuft noch ein Postulat, wo man die Sache im Landrat nochmals anschauen soll. Ich danke dem Gemeinderat, dass er dies so speditiv gemacht hat. Ich bitte Sie alle, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Unsere Fraktion hat sich schlussendlich einstimmig dafür entschieden. Grundsätzlich fanden wir, dass ein Schulweg in dieser Art und Weise zumutbar ist. Da die Familien sich nicht vorbereiten können, niemand weiss, wer schlussendlich gehen muss, und weil es dann nur sehr wenige sind, haben wir es als sehr unfair empfunden. Wir werden dem Antrag folgen.

Lukas Mussler, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Die Fraktion GLP/BDP begrüsst das Vorgehen des Gemeinderates sehr. Ich finde es richtig, dass man solidarisch denkt und keine subjektiven Beträge ausspricht. Ich finde diese Pauschale gerechtfertigt und kann ausrichten, dass die Fraktion GLP/BDP die Anträge annehmen wird.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur abschnittsweisen Beratung.

Liane Klauser, SVP-Fraktion:

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

3. Anträge

Rolf Adam, Präsident: Folgende Anträge sind zu beschliessen:

1. Die Kostenbeteiligung an die Eltern der betroffenen Allschwiler Schülerinnen und Schüler in der ersten und zweiten Klasse der Sekundarschule (an den Schulorten Binningen und Oberwil) in der Höhe von CHF 1000 pro Kind und Schuljahr wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Diese Kostenbeteiligung ist auf das Schuljahr 2012/2013 befristet.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Für den Vollzug ist die Gemeindeverwaltung verantwortlich.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

4. Das weitere Vorgehen betreffend Kostenbeteiligung wird nach der Volksabstimmung der Zwangsverschiebungs-Initiative im Gemeinderat neu beraten.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

5. Die anfallenden Kosten in Höhe von maximal CHF 13'000 für das Schuljahr 2012/2013 sind auf dem Konto 230-317.01 zu budgetieren.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

6. Das Postulat Nr. 4072 und das Postulat Nr. 4071 werden als erledigt abgeschrieben.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Mit der Materie Schulortzuteilung, nicht über das Geschäft, hat sich auch die GPK beschäftigt. In der alten Wahlperiode hat sie eine Subkommission damit beauftragt, abzuklären, was die Kriterien sind, weshalb ein Kind nach Oberwil oder Binningen muss, und ein anderes nicht. Wir sind zuerst an die Schulleitung gelangt in Allschwil. Da bekamen wir nach relativ kurzer Zeit die Antwort, dass wir nicht berechtigt seien an sie zu gelangen mit einer Frage, bzw. sie keine Frage beantworten können, weil sie keine kommunale Institution seien. Dann sind wir zum Kanton, dort gab es ein hin und her. Das hat damit geendet, dass wir kurz vor der Sommerpause eine Mail erhalten haben, dass der Departementsvorsteher, Urs Wüthrich, persönlich uns eine Antwort übermitteln würde. Seitdem haben wir nichts mehr gehört in dieser Sache. Die Subkommission hat aus Philippe Hofmann und mir bestanden. Wir müssen daraus den Schluss ziehen, dass es keine Kriterien gibt. Es ist das reine Zufallsprinzip, welches Kind betroffen ist und welches nicht.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2012, zum Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 26.04.2010, betreffend Kinderspielplatzkonzept
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3939 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Bei diesem Geschäft haben Sie letztes Jahr die Motion über die Einreichung eines Grünanlagenkonzepts überwiesen und dem Postulat für ein Kinderspielplatzkonzept zugestimmt. Somit waren zwei Geschäfte beim Gemeinderat, die viele Parallelen aufweisen. Für die Bearbeitung müssen wir das gleiche Gebiet abdecken und wir müssen ähnliche Fragestellungen bearbeiten. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir die beiden Sachen zusammen behandeln in einem sogenannten

Freiraumkonzept 2013. Dazu haben wir Geld ins Budget eingestellt, damit wir dies durchführen können. Ich empfehle Ihnen, dieses Vorgehen zu stützen, damit wir mit dem Freiraumkonzept diese beiden Fragen abdecken können.

Rolf Adam, Präsident: Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, kommen wir zur Beratung.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP/Parteilos-Fraktion: Wir begrüßen das Anliegen der Zusammenlegung zu einem Freiraumkonzept. Wir haben Vorbehalte, was die Kosten anbelangt. Der Gemeinderat sieht CHF 138'000 für externe Arbeiten vor. Wir haben uns gefragt, ob es wirklich nötig ist, einen Spezialisten beizuziehen, oder ob es Know-how in anderen Gemeinden gibt, das man anzapfen könnte. Muss man wirklich ein Konzept ausarbeiten mit einer Checkliste oder gibt es bereits Grundlagen, auf die man sich abstützen könnte. Wir möchten dem Gemeinderat nahe legen, dass er sich dies überlegt. Wir haben noch Vorbehalte zum Zeitplan. Vorgesehen ist, dass das Konzept erst Ende Juni 2013 vorliegt. Der Wunsch unserer Fraktion ist, dass dies schneller der Fall sein wird. Je nach dem, wie das Freiraumkonzept aussieht, könnte es Auswirkungen haben auf Abstimmungen zum Beispiel über das neue Schulhaus. Wir wären froh, wenn man den Ablauf beschleunigen könnte.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion begrüsst die Zusammenlegung der beiden Geschäfte, Spielplatzkonzept und Freiraumkonzept. Es gibt einen sachlichen Zusammenhang. Mit der Zusammenlegung ist das Postulat Spielplatzkonzept noch nicht beantwortet. Wegen dem werden wir dem Antrag 2 des Gemeinderates, das Postulat als erledigt abzuschreiben, nicht zustimmen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn man Arbeitsressourcen optimieren kann, dann sind wir von der CVP-Fraktion immer dafür. Wir begrüßen einstimmig die geplante Zusammenlegung des Gemeinderates. Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin bin ich der Meinung, dass wir das Postulat abschreiben können. Der Begriff Zusammenlegung heisst, dass das vorliegende Postulat in das Postulat Freiraumkonzept integriert wird.

Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion: Ich möchte kurz ausführen, weshalb wir weder dafür sind, dass man die beiden zusammenlegt, noch dass wir das Postulat von Frau Oppliger abschreiben. Wir finden, dass die beiden Sachen, das Postulat und die Motion, nur am Rande miteinander zu tun haben. Beim Studium des Berichts ist mir aufgefallen, dass der beschriebene Aufwand für die Erstellung des Freiraumkonzepts künstlich auf drei Phasen verteilt ist. Wenn man das liest, dann könnten die drei Phasen mindestens in zwei Phasen zusammengenommen werden. Eine Begehung vor Ort kann man nicht auslassen bei der ersten Phase. Die Phase 2 heisst aber Begehung vor Ort. Ich hatte immer stärker den Eindruck, dass Allschwil so viele Grün- und Freiflächen hat, dass man diesen Aufwand als nötig erachtet. Die Katalogisierung der bisherigen Freiflächen nimmt höchstens einen Nachmittag in Anspruch. Entschuldigung für diese ketzerische Bemerkung, aber das ist meine Ansicht. Ich finde, dass Allschwil über bedenklich wenig Frei- und Grünflächen verfügt. Das Grünkonzept ist deshalb auch so gut angekommen. Spielplätze sind für mich weder Grün- noch Freiflächen, sondern verstellte Flächen mit bekannten Spielgeräten etc. In Allschwil sind trotz wachsenden Einwohnerzahlen Spielplätze eher abgebaut als aufgebaut worden. Aus irgendeinem Grund wollte Mathilde Oppliger dieses Konzept. Ich hatte die Idee, dass man mit dem Zusammennehmen der beiden Vorstösse am Schluss sagen möchte, man nehme zwei Spielplätze und drei Wiesen und hat dann am Schluss fünf Freiflächen, aber das stimmt nicht. Ich möchte nicht, dass es am Schluss heisst, wir hätten genug Grünflächen, obwohl alles miteinander vermischt wurde. Deshalb sagen wir weder zum einen noch zum anderen Antrag ja. Sicher ist das Postulat von Mathilde Oppliger nicht erledigt, und auch das Grünanlagenkonzept ist nicht erfüllt, wenn man die Vorlage genau liest.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich finde im Gegensatz zu meiner Vorrednerin dies eine sehr gute Vorlage. Sie hört auf mit dem Gartenhag-Denken, sie denkt grösser. Das ist das, was wir hier drin auch schon kritisiert haben bei gewissen Vorlagen. Eine Nachbemerkung: Wir möchten für die Gemeinde einen neuen Wert schaffen. Das braucht zuerst Investitionen und da stört es mich, vielleicht bin ich nicht der einzige hier drin, wenn bereits am Anfang der Betrag, der sicher korrekt berechnet wurde, schon in Frage gestellt wird. Es ist keine finanzielle Vorlage, es geht um zwei Geschäfte, die einen Zusammenhang haben, die miteinander verbunden werden sollen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte mich dem Vorredner anschliessen. Wir finden es sinnvoll, dass man es miteinander verknüpft. Wir sollten dies zuerst ausarbeiten lassen und es dann anschauen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte nochmals betonen, dass wir die Kirche im Dorf lassen. Es macht keinen Sinn, wenn verschiedene Einzelsuppen gekocht werden, welche geschmacklich zueinander passen. Wir sind ganz klar der Meinung, dass die Zusammenlegung, die der Gemeinderat vorschlägt, sinnvoll ist und letztendlich der einzige gangbare Weg ist, um etwas zu machen, das verhebt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte nur kurz ergänzen, dass es sehr wichtig ist und dass wir grossen Wert darauf gelegt haben, Ihnen eine systematische Vorgehensweise darzulegen und auch Aufwand zu budgetieren. Wir haben viele Grünflächen in Allschwil. Wir sind uns dessen vielleicht nicht bewusst, aber wir möchten diese sehr geschickt nutzen. Darum brauchen wir Perspektiven über Allschwil und dazu braucht es einen Aufwand. Sie können sicher sein, dass Sie nächstes Jahr gute Grundlagen haben werden, um diese Diskussion weiterzuführen. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Rolf Adam, Präsident: Wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur abschnittsweisen Beratung.

Liane Klauser, SVP-Fraktion:

1. Ausgangslage

2. Erwägungen des Gemeinderates

3. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zu den folgenden Anträgen:

1. Das Spielplatzkonzept wird im Rahmen des Freiraumkonzepts 2013 erarbeitet

:::

Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

:::

Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

:::

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Rolf Adam, Präsident: Ich erlaube mir die Sitzung zu schliessen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE